Handelsblatt.com vom 03.02.2024

Handelsblatt

Autor/-in:	Neuerer, Dietmar	**Mediengattung:**	Online News
Seite:	online	**Visits (VpD):**	1,04 (in Mio.) [1]
Ressort:	Politik / Deutschland /	**Unique Users (UUpD):**	0,271 (in Mio.) [2]

Weblink: https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/brandbrief-an-scholz-wirtschaft-warnt-vor-ostdeutschland-als-sehnsuchtsort-fuer-rechtsextremisten/100012171.html

[1] von PMG gewichtet 12-2023

[2] gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Brandbrief an Scholz

Wirtschaft warnt vor Ostdeutschland als „Sehnsuchtsort für Rechtsextremisten“

Die IHK-Präsidenten in Ostdeutschland fürchten einen Rechtsruck in den neuen Bundesländern. Deutliche Kritik üben sie an Kanzler Scholz. Die Ost-SPD kritisiert einseitige Schuldzuweisungen.

Erstveröffentlichung: 2024-02-03 06:47:52 letzte Aktualisierung: 2024-02-03 06:47:52

In der ostdeutschen Wirtschaft wächst die Sorge vor zunehmenden rechtsextremistischen Tendenzen. Man sei „in großer Beunruhigung mit Blick auf die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratische Kultur“, heißt es in einem an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) adressierten offenen Brief der Präsidenten der 14 Industrie- und Handelskammern in den fünf ostdeutschen Flächenländern.

Die IHK-Präsidenten weisen der Bundesregierung an der derzeitigen Lage einen „erheblichen Anteil“ zu. „Das desolate Bild der Bundesregierung in der Öffentlichkeit und die aufgeheizte Stimmung im ganzen Land sind hausgemacht und, nicht zuletzt mit Blick auf die anstehenden Wahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, Wasser auf die Mühlen extremer Kräfte“, heißt es in dem Schreiben. In den drei Ländern kann die AfD laut Umfragen damit rechnen, im Herbst jeweils stärkste Kraft zu werden.

Eindringlich warnen die Unterzeichner daher die Ampel, sollte sie ihr Handeln und Auftreten nicht grundlegend ändern, „fürchten wir, dass ein ostdeutsches Bundesland nach dem nächsten zu einem Sehnsuchtsort für Rechtsextremisten und wirtschaftlich zum Transitland verkommt“.

Die Warnung fällt in eine Zeit, in der deutschlandweit Hunderttausende Menschen gegen Rechtsextremismus auf die Straße gehen. Und sich auch immer mehr Vertreter aus der Wirtschaft zu Wort melden und sich teilweise offen gegen die in Teilen rechtsextreme AfD positionieren. Das Ausmaß der Proteste scheint sich auch in Umfragen niederzuschlagen. Die Zustimmung zur AfD sinkt laut dem am Freitag veröffentlichten ZDF-Politbarometer deutlich.

Die Partei kommt bei der Erhebung der Forschungsgruppe Wahlen nur noch auf 19 Prozent (minus drei Prozentpunkte), wäre aber weiterhin zweitstärkste politische Kraft in Deutschland. Denselben Trend hatte es auch in dem am Donnerstag veröffentlichten ARD-Deutschlandtrend gegeben.

Ärzte, Apotheker, Notare, Anwälte, Ingenieure positionieren sich gegen rechte Umtriebe

Auslöser waren Berichte über ein Treffen in Potsdam, bei dem Rechtsextreme, aber auch AfD-Funktionäre und Mitglieder der Werteunion über Massenausweisungen von Migranten gesprochen haben sollen. Solche Gedankenspiele sorgen ebenfalls in der Branche der Freiberufler, in der rund sechs Millionen Menschen tätig sind, für Entsetzen. „Die bekannt gewordenen Vorstellungen einer Vertreibung ganzer Gruppen von Menschen aus Deutschland stehen unseren gelebten Werten diametral entgegen“, heißt es in einer Mitteilung des Bundesverbands der Freien Berufe (BFB) und seiner Mitgliedsorganisationen. Dazu zählen etwa Ärzte, Apotheker, Notare, Anwälte oder Ingenieure.

Gemeinsam unterstreichen sie, dass die freiheitliche demokratische Grundordnung für sie „unverhandelbar“ sei. „Angriffen auf sie, auf ihre Institutionen und auf unser Grundgesetz müssen und werden wir uns entgegenstellen.“ Freiberuflerinnen und Freiberufler träten „für einen pluralistischen Dialog und gegen Radikalisierung, Hass, Hetze und Antisemitismus ein“.

Die Ost-IHKs sehen im Politikstil der Ampelregierung einen Hauptgrund für die rechten Umtriebe in Deutschland. In der Koalition von SPD, FDP und Grünen habe sich eine Kultur des „Entscheidens ohne Einbindung“ der Wirtschaft bei politischen Entscheidungen mit großer Tragweite breitgemacht. Es gebe einen „eklatanten Unterschied zwischen Worten und Taten“ der Bundesregierung, kritisieren die Kammerpräsidenten.

Überdeutlich habe dies der Haushaltseklat im Bund Ende vergangenen Jahres infolge des Verfassungsgerichtsurteils gezeigt. Dadurch seien „erhebliche Eruptionen in Wirtschaft und Gesellschaft verursacht“ verursacht worden.

Appell an Kanzler Scholz

In der SPD kommt die Kritik nicht gut an. „Die von Ihnen eingeforderte Einbindung erfordert, dass man redlich in der Bewertung der Lage und politischen Möglichkeiten ist“, erklären die Sprecherinnen und Sprecher der Landesgruppen der ostdeutschen Bundesländer und der Vorstand der Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsfraktion in einem Brief an die IHK-Präsidenten. „Es mangelt weder am politischen Willen noch an Konzepten für Investitionen in die Transformation unserer Wirtschaft, sondern derzeit schlicht am Geld“, heißt es in dem Schreiben, das dem Handelsblatt vorliegt.

Gleichwohl teilen die Sozialdemokraten die Sorge der IHKs, dass in dieser Situation „extreme politische Kräfte und radikale Parteien“ versuchten, „aus Krisen ihren Gewinn zu ziehen“. Dadurch wachse „die Verlockung einfacher Antworten und Verantwortungszuweisung“. Daher wolle man die Bitte der Kammerpräsidenten um aktive Einbindung ihrer Interessen in den politischen Prozess aufgreifen. Sie sei jedoch „eine beidseitige Verpflichtung“.

Das beste Mittel gegen Rechtspopulismus ist eine sachorientierte und abgestimmte politische Arbeit.

Konkret wendet sich die Ost-SPD gegen den Vorwurf, die Scholz-geführte Regierung bekenne sich nicht zu Technologieoffenheit im Energiebereich, wodurch Innovationen und Investitionen und damit die gesamte, für die Wirtschaft zwingend notwendige Transformation gehemmt würden. Auch der Kritik an weiter steigender Bürokratie und dem Setzen falscher Anreize für „Nicht-Arbeit“ treten die Sozialdemokraten entgegen.

„Die auf Basis fehlerhafter Zahlen verbreitete Behauptung, man könne durch Bürgergeld mehr verdienen als durch Erwerbsarbeit, ist falsch und wird durch stete Wiederholung nicht richtiger“, heißt es in dem SPD-Brief. Mit der Bürgergeldreform werde vielmehr eine bessere Qualifizierung und Vermittlung gefördert, „die dem Fachkräftemangel und der steten Transformation von Wirtschaftszweigen Rechnung trägt“.

Für die Ost-IHKs hat es Scholz in der Hand, einen Rechtsruck zu verhindern. In ihrem Brief heißt es dazu unmissverständlich: „Herr Bundeskanzler, das beste Mittel gegen Rechtspopulismus ist eine sachorientierte und abgestimmte politische Arbeit. Stehen Sie zu Ihrer Verantwortung.“

Mehr: Ampelpolitiker fordern dienstrechtliche Konsequenzen für Maaßen

RECORD DATE NOT STATED Leipzig - Nie wieder ist genau jetzt : Demonstration gegen rechts zieht durch
FOTOCREDIT Foto: IMAGO/EHL Media

Wörter:	835
Urheberinformation:	Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2024: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG